

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzolamtes zu Baugen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindeväter des Bezirks.



Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Verkaufspreis: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Der Verkaufspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung zu der Geschäftsstelle monatlich 80 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21543. — Gemeindevorstandsgemeinschaft Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. No. 25) oder deren Raum 25 Pfg., drückliche Anzeigen 25 Pfg. Im Textteil (Zm. No. 17) 75 Pfg. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gespaltene Zeile 60 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Deutschland — kommunistisch.

Von Dr. Schiele, Raumburg.

Es gibt gedruckte Buchstaben, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben. Leider gibt es sogar sehr viel solches gedrucktes Zeug; es ist Kulturbalast, aber immerhin unschädlich.

Es gibt Wirklichkeit, welche niemals oder doch sehr schwer in die Welt der gedruckten Buchstaben, z. B. in das Gehirn eines Journalisten oder Politikers eingeht. Ein Bauer oder Geschäftsmann sieht sie oder erkennt sie, weil er mit ihr lebt; aber er kann sie nicht schriftlich machen.

Drittens gibt es Ereignisse, worin die Wirklichkeit und der gedruckte Buchstabe zu einer Einheit verschmolzen sind, so daß der eine des andern Reich ist.

Ein solches Ereignis ist die Vorlegung eines Sozialisierungsgesetzes durch unsere jetzige sogenannte Reichsregierung. Dieses Gesetz bedeutet den deutschen Kommunismus und zugleich Not und Tod für unzählige deutsche Menschenleben. Eine harte, trübe, graue, elende Wirklichkeit ist in diesen wenigen Buchstaben eingeschlossen. Wir wollen es mal miteinander genau lesen.

§ 1. Jeder Deutsche hat seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm fordert.

Also das Gesamtwohl „fordert“! Lieber Deutscher aus dem Bürgerstande und Gelehrtenstande und Kaufmannsstande, das bedeutet für dich die Zwangsarbeit. Es heißt weiter:

Das Reich gewährleistet jedem Deutschen die Möglichkeit, durch eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein Leben zu unterhalten.

„Das Reich gewährleistet!“ In Wahrheit wird das Deutsche Reich unter kommunistischer Herrschaft nicht mehr 67, sondern nur noch höchstens 40 Millionen Menschen ernähren können.

Soweit er Arbeitsgelegenheit nicht zu finden vermag, wird ihm nach Maßgabe eines besonderen Sozialgesetzes der notwendige Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt.

„Aus öffentlichen Mitteln!“ Wo sind öffentliche Mittel? Das Reich wird weder Steuern noch Zölle noch Kredit haben. Die öffentlichen Mittel sind der Rest von Privatvermögen, der bei den Besitzenden noch zu finden ist.

§ 2. Wirtschaftliche Unternehmungen und Werte, insbesondere Bodenschätze und Naturkräfte, in die deutsche Gemeinwirtschaft zu überführen, sowie die Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Gemeinwirtschaft zugunsten des Reichs, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände zu regeln, ist Sache des Reichs.

„Deutsche Gemeinwirtschaft“, wie rührend das klingt! Jede sozial denkende Volksschullehrerin und mancher sozial gesinnte Pfarrer und Professor wird Tränen der Begeisterung darüber weinen. In Wahrheit ist es nichts anderes als was wir kennen, die berüchtigte Zwangswirtschaft, — das Kaufen, Handeln, Verteilen und Wuchern durch die Gemeinden, — der egoistische individualwirtschaftliche Kampf einer Gemeinde gegen die andere, — Not und Mangel für alle, — ruchlose Warenverderbnis und unsinnige Verkehrsvergeudung. Es ist mit einem Worte Kommunismus, d. h. die Aushungerung des deutschen Volkes durch das Deutsche Reich, die große deutsche Kriegsumwälzung, über die unsere Entel noch lachen und weinen werden.

Und was sagt Ihr dazu, Ihr bürgerliche Hälfte der regierenden Mehrheit in der Nationalversammlung? Haben Euch Eure Wähler dorthin geschickt, um den Kommunismus zu verwirklichen? Aus abtornen Sentiments, aus längst-veralteten Kinderstubeerinnerungen, aus Jenseits- und Kleinleutegedanken heraus habt Ihr Euch von Euren Hausmännern und Raummännern und Gräbern und anderen tapferen Demokraten aus Schwaben, Sachsen und Galizien hineinzuweisen lassen in diese Sozialistenherrschaft und gebt ihr Würde, Ansehen und Vertrauen vor dem deutschen Volke, damit sie es um so besser scharren und schlachten können. Wohlwollige wohlwollige keine Leute, sagt Reichs- und deutsches Bürgerum — von Gott und der Natur und ihrem eigenen Verstand dazu bestimmt, erst gelächert und dann geschlacht zu werden.

§ 3. Die deutsche Gemeinwirtschaft wird von wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern geleitet. Die Selbstverwaltungskörper werden vom Reich beauftragt. Das Reich kann sich bei der Durchführung der Aufsicht der Behörden der Gliedstaaten bedienen.

Wie herrlich! Eine riesige große Bürokratie, größer als wir sie bisher gesehen haben. Unzählige Bürokraten, gemillert und degenerierte Kaufleute, die sich an Klubfessel gewöhnt haben, werden beim Durchheilen dieser Zeilen sich schon einen bequemen, sicheren und nahrhaften Posten aussuchen. Was aber die Hauptsache ist, die ganze furchtbare stinkende Korruption, die von einer kommunistischen Riesenbürokratie untrennbar ist, wird weiterleben wie ein großer Fäulnisherd, in welchem noch alles, was es an deutscher Treue und Ehrlichkeit gab, sich in Gase verwandelt wird.

§ 4. In Ausübung der im § 2 vorgesehenen Befugnis wird ungesäumt durch besonderes Reichsgesetz die Ausnutzung in Brennstoffen, Wasserkräften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen stammenden Energie (Energiewirtschaft) nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Zunächst tritt für das Teilgebiet der Kohlenwirtschaft ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft, gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft.

Das geht Euch Bauern an! Kohle, Kalk, Stickstoff und Elektrizität ist das, was Ihr braucht. Und alles dies wird „Reichsmonopol“. Alle Professoren und junge Regierungsräte haben jahrzehntlang von Reichsmonopolen gefaselt, als ob diese dem Reiche etwas bringen könnten. Alle zukünftigen Reichsmonopole unter kommunistischer Arbeiterherrschaft werden nichts anderes als einen Riesenverlust bringen, und dieser Verlust kann weder durch Zölle noch durch Steuern gedeckt werden, sondern nur durch Erhöhung des Warenpreises, also durch die Verbraucher, besonders die Bauern. Das bedeutet Fortsetzung der Zwangswirtschaft für Euch, meine lieben deutschen Bauern. Man wird Euch weiterhin das Getreide zum niedrigen Preise abnehmen, desgleichen das Vieh. Dafür gibt man Euch Kohle, Stickstoff, Kalk, Phosphor und den elektrischen Strom zum erhöhten Preise. Mit diesem Preiswucher kann man Euch alles abquetschen, was man will. In einer kommunistischen Wirtschaft ist der städtische Proletarier der Herr und der Bauer der Knecht, so lange wie der Bauer sich diese verkörperte Welt gefallen läßt. Aber denkt nicht, daß Ihr dies jetzt leicht abwenden könnt. Hungerige und müde Pferde vor einer schweren Last können nicht durchgehen, sie sind wehrlos. Laßt Euch nicht einspannen in diese kommunistische Wirtschaft, sie ist Euer Tod.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Das bedeutet:

Die Hinrichtung findet sofort nach dem Tage der Verkündung statt. Draußen vor der ostpreussischen Grenze steht ein Bolschewistenheer von 150 000 Mann, welches nur darauf wartet, bis die Frühlingsonne die Wege trocken gemacht hat. Dann bricht es in Deutschland ein, vom Hunger getrieben, und findet keinen Widerstand. Das ist der Kommunismus von draußen.

Drittens in Deutschland treiben kindliche Politiker bürgerlichen Standes Gedankenpielei mit sozialen Problemen, reden wie 17jährige Seminaristen aber nicht wie welt-erfahrenen Männer. Sie schaffen den Kommunismus von innen heraus. Das Ende wird sein, daß wir in einem Jahre in Deutschland kein echtes Gewerbe mehr haben, welches seinen Namen ernährt, sondern nur eine deutsch-russische Bolschewistenarmee, welche das Volk auffrischt.

Oder kommt uns noch ein Retter, der mit den sittlichen Kräften, die das alte System noch hat, mit Waffen des Geistes und Waffen der Faust eine lebendige Mauer entgegenzusetzen versteht dem Ansturm dieser Mächte des Todes?

Die schwere Gefahr im Osten.

Dem „Dresd. Anz.“ wird gemeldet: Die Lage in Ostpreußen muß, wie wir hören, als äußerst kritisch angesehen werden. Die russische Armee droht in wenigen Wochen in Ostpreußen einzuziehen. Vorläufig hat die russische rote Armee noch genug zu essen in Kurland, auch ist die Witterung einem Einmarsch nach Ostpreußen nicht günstig. Im Frühjahr ist jedoch mit dem Vormarsch russischer Truppen zu rech-

nen. Die deutschen Truppen bestehen aus 10 000 bis 15 000 Freiwilligen. Von diesen sind 10 bis 15 v. H. unzuverlässig. Ein Teil hat sich nur der hohen Löhnung wegen anwerben lassen. Ebensoviele kann man mit dem Grenzschutz rechnen. Verschiedene Soldatenräte Ostpreußens sind spartakistisch gesinnt, namentlich der Soldatenrat in Gumbinnen. Während sich in Königsberg die politische Zentrale der Spartakisten befindet, ist in Gumbinnen die militärische Zentrale zu suchen. Ungefähr 150 russische Bolschewisten hielten sich in Königsberg auf; sie verfügen über ungeheure Bewehrungsmittel. Einem Einmarsch der russischen Truppen würde also wenig im Wege stehen und bald würden die russischen Armeen auf deutschen Eisenbahnen Deutschland überfluten. Seit Wochen stehen alle Fabriken in Ostpreußen still, die Arbeitslosigkeit nimmt zu und die Unabhängigen unterstützen die spartakistische Politik.

Das Verhältnis von Kirche und Staat.

Eine Interpellation in der Nationalversammlung.

Weimar, 11. März. (B. I. B.) Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 und teilt mit, daß die Beerdigung des in Halle getöteten Oberleutnants von Klüber heute nachmittag 3 Uhr daselbst stattfinden. Die Nationalversammlung werde durch eine Abordnung bei der Beerdigung vertreten sein und einen Kranz zu Ehren des Verstorbenen niederlegen lassen. Das Haus hört die Worte der Anerkennung und des Dankes für den Ermordeten stehend an.

Nach Erledigung kleiner Anfragen folgt die Interpellation Kraft und Gen. (Deutschnat.) über das Verhältnis von Kirche und Staat.

Als Abg. Mumm (Deutschnat.) das Wort zur Begründung nimmt, erklärt Präsident Fehrenbach, es sei kein Vertreter des Ministeriums des Innern da zur Beantwortung. Es habe daher keinen rechten Sinn, die Interpellation weiter zu verhandeln. Es werde ihm jetzt gesagt, die Antwort sei formuliert und werde verlesen werden. In längerer Geschäftsordnungsdebatte erklärt Kolonialminister Dr. Bell namens der Regierung, daß der Vorwurf einer Rücksichtslosigkeit gegenüber den Interpellanten unangebracht sei. Die Interpellation sei im Kabinett eingehend besprochen worden. Es wird schließlich beschlossen, weiter zu verhandeln.

Abg. Mumm (Deutschnat.) Es ist das Empfinden vieler Volkstreue, daß wir an der Schwelle eines neuen Kulturkampfes stehen. Den Frieden, den unser Vaterland braucht, gönnen aber ihm die Herren Ebert und Scheidemann nicht. Eine ihrer ersten Taten war, Adolph Hoffmann an die Spitze des preussischen Kultusministeriums zu stellen. Redner erörtert sodann die von dem jetzigen Volksbeauftragten Buch erlassene Verordnung über das Verhältnis von Kirche und Staat. Buch habe die Simultanschule durchgeführt, ohne irgendwie für den konfessionellen Religionsunterricht zu sorgen. Ähnlich sei in Hamburg und Braunschweig vorgegangen worden, desgleichen in Mecklenburg. Wie positiv zu verfahren ist, zeigt Württemberg. Meine Partei kämpft für die Erhaltung der christlichen Grundlage, in Staat, Familie und Schule.

Reichskolonialminister Dr. Bell: Der Minister des Innern ist in dringenden Reichsangelegenheiten nach Berlin berufen worden und hat leider wegen der Verkehrsschwierigkeiten nicht rechtzeitig erscheinen können. Ich habe im Namen der Reichsregierung folgende Erklärung abgegeben: Das Reich besitzt gegenwärtig keine Zuständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtswezens. Die Regierung kann deshalb nicht gegen etwaige einzelstaatliche Eingriffe in die Regelung des Religionsunterrichtes Stellung nehmen. Inwieweit in der Reichsverfassung Normativbestimmungen über das Unterrichtswezen aufzunehmen sind, wird bei Beratung der Reichsverfassung zu prüfen sein.

Abg. Schwan (Sog.): Bei der Behandlung dieser Angelegenheit hat sich die ganze Überhebung und Herrschsucht der kirchlichen Kreise gezeigt, denen große Teile des Volkes feindlich gesinnt sind. (Lärm und Widerspruch.) Wir geben aber ohne weiteres zu, daß die einzelstaatlichen Eingriffe in den Religionsunterricht unklug und vielfach taktlos waren, zum Teil auch undemokratisch, weil sie der Volkserziehung vorzriffen. Das einzelstaatliche Eingreifen entsprang aber letzten Endes der langen und schweren Bewußtseinsnot vieler Volkstreue. Wir verlangen volle Gewissensfreiheit. Unser Ideal ist dabei die Verantwortlichkeit im Sinne